

# Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, NEUES RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 8a - TELEPHON: B 40-500 KL. 838, 837 u. 013

FÜR DEN INHALT VERANTWÖRTLICH: WILHELM ADAMETZ

Mittwoch, 16. Dezember 1953

Blatt 2205

## Das Wohlfahrtswesen

=====

16. Dezember (RK) Die Verhandlungen über den Voranschlag 1954 der Bundeshauptstadt Wien wurden heute mit der Gruppe Wohlfahrtswesen fortgesetzt.

Vizebürgermeister Honay (SPÖ) verwies einleitend darauf, daß auch im kommenden Jahr die Vorsorge und Fürsorge für unsere Kinder und Alten im Blickfeld der Verwaltung stehen wird und beachtliche Leistungen erbracht werden. Mehr als 380 Millionen Schilling werden allein den verschiedensten Zweigen der Jugendfürsorge und Betreuung der in öffentlicher Fürsorge befindlichen Alten zugewendet. Entscheidend aber ist der Geist, in dem diese Arbeit geleistet wird. Das Leitmotiv der Fürsorgearbeit ist: Die Gesellschaft hat die Pflicht, den in Not geratenen Mitmenschen zu helfen.

Diese soziale Einstellung führt in erster Linie zur Betreuung des heranwachsenden Geschlechtes. Die Mutterberatungsstellen, Kindergärten und Schulen sowie Spitäler wurden weiter ausgebaut. An diesem planmäßigen Ausbau haben vor allem unser Jugendamt und im besonderen unsere 400 Fürsorgerinnen den meisten Anteil, weshalb ich ihnen heute öffentlich Dank sage für ihre oft sehr schwierige Arbeit, die häufig nicht das richtige Verständnis findet. (Allgemeiner Beifall.)

Die seit Jahren stagnierende Geburtenzahl ermöglicht eine individuelle Behandlung der Fälle. Wien hatte 1946 16.323 Lebendgeburten, seit 1948 liegt die Geburtenzahl etwa über 12.000. Es ist interessant, diese Erscheinung rückschauend zu verfolgen.

So kamen auf 10.000 Einwohner in Wien im Jahre 1890 327 Lebendgeborene, 1900 317, 1905 272, 1910 221, im Jahre 1952

waren es aber nur mehr 71. Die Fortschritte der Medizin und der Ausbau der Fürsorge haben die Säuglingssterblichkeit in Wien stark verringert. Sind im Jahre 1900 von 1.000 Lebendgeborenen noch 193 im ersten Lebensjahr gestorben, so betrug die Sterblichkeit im Jahre 1951 nur noch 52 und ist jetzt weiter auf 43 gefallen!

Für die Säuglingsausstattung sind 1,8 Millionen Schilling präliminiert. Dafür können 10.400 komplette Säuglingswäschepakete angekauft werden. Ungefähr 90 Prozent der Mütter nehmen dieses Geburtstagsgeschenk der Gemeinde in Anspruch.

Die geringe Geburtenzahl, der seit Jahren die doppelte Sterbezahl gegenübersteht, wird, wenn nicht ein radikaler Aufstieg eintreten wird, zu einem beträchtlichen Rückgang der Schulpflichtigen führen. Die Statistiker haben errechnet, daß den 177.000 Wiener Schulkindern im Jahre 1965 nur mehr 75.000 gegenüberstehen werden! Die Bevölkerung unserer Stadt würde stark abnehmen, wenn nicht durch den Strom von Zuwanderern stets neues Leben zugeführt würde.

Gegenüber dem Vorjahr sind 63 Besatzungskinder dazugekommen. Insgesamt zählen wir jetzt 2.238 Armeekinder; 1.073 stammen von Amerikanern, 647 von Russen, 353 von Engländern und 165 von Franzosen. Das Jugendamt machte in der fürsorglichen Behandlung der Besatzungskinder keinen Unterschied gegenüber den Wiener Kindern; auch sie sind uns lieb und wert. Das gilt auch von den 90 schwarzhäutigen Kleinen.

Die Zahl der Amtsmündel ist etwas zurückgegangen. 1952 waren es 26.978, Ende Oktober 1953 26.536. Die anhaltende Geburtenstagnation bedingt auch einen kleinen Rückgang der Pflegekinder. Ihre Zahl war Ende Oktober 5.898 gegen 5.938 im Vorjahr. Davon befinden sich 1.329 in Familienpflege. Wir haben mehr Ansuchen um Adoption von Kindern als wir erfüllen können. Die Erfahrung zeigt, daß nicht die Höhe des Pflegegeldes maßgebend ist. Für Pflegegelder sind im Veranschlag 4,1 Millionen angesetzt.

Unsere Stipendien für Hoch-, Mittel- und Fachschulen sowie Lehrlinge erfahren keine Verminderung. Ebenso bleiben die Gastarztstipendien unvermindert. Wir rechnen mit einer Ausgabe von 4,454.000 Schilling, von denen 1,734.000 der Bund für den halben Anteil an den Stipendien für Gastärzte ersetzt.

Die seit 1948 gebauten Kindergärten können mit vollem Recht als Modellanlagen bezeichnet werden, die vielfach dem Ausland als Muster dienen. Im Jahre 1954 sind für das Kindergartenwesen mehr als 43 Millionen Schilling veranschlagt, davon für Neubauten und Adaptierungen 7,7 Millionen. In den städtischen Kindergärten und Horten werden 1.357 Angestellte beschäftigt.

#### 14.000 Kinder in den städtischen Kindergärten

Die städtischen Kindergärten und Horte werden gegenwärtig von rund 14.000 Kindern besucht. Von dem Grundsatz geleitet, daß jeder entsprechend seiner wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit einen angemessenen Teil zu den Lasten der Stadtverwaltung beitragen soll, hat der Stadteerrat eine Staffelung der Besuchsgelder in den Säuglings- und Kleinkinderkrippen sowie in den Kindergärten und Horten beschlossen, wonach Eltern mit einem höheren Einkommen auch höhere Beiträge für den Aufwand der Kindergärten leisten müssen. Bis zu einem monatlichen Nettoeinkommen der Eltern von 1.500 Schilling bleiben die jetzt bestehenden Gebühren vollständig unverändert. Die entsprechende Vorlage wird der Gemeinderat nach Beendigung der Budgetberatungen in Behandlung ziehen.

#### 5 neue Kindergärten

Im Voranschlag ist auch der Neubau von 5 Kindergärten vorgesehen. Sie werden in Favoriten, Hietzing, Floridsdorf, Donaustadt und Guntramsdorf gebaut werden und in 14 Abteilungen rund 450 Schützlinge aufnehmen können. Die Kosten dieser Neubauten werden 4,3 Millionen Schilling betragen; weitere 2,7 Millionen Schilling sind für die Vollendung der bereits heuer begonnenen 7 Objekte enthalten.

#### 1 Million für städtische Lehrwerkstätte

Für die Errichtung der städtischen Lehrwerkstätte ist 1 Million Schilling vorgesehen. Das vorgesehene Projekt wird jedoch einen Bauaufwand von 10 Millionen erfordern. Die Verhandlungen mit jenen Körperschaften, die an der Heranbildung einer fachlich gut geschulten Jugend besonders interessiert sind und die eine Beitragsleistung dieser Körperschaften zum Ziele haben, sind noch nicht abgeschlossen.

### Die Schülerspeisungen

Der Rückgang der Zahl der Schulkinder, die an der Ausspeisung teilnehmen, kann als ein erfreuliches Zeichen der Besserung der wirtschaftlichen Lage der Eltern gewertet werden. In den ersten Jahren nach dem Krieg wurden unter den denkbar schwierigsten Verhältnissen nahezu alle Wiener Schulkinder in die Ausspeisung einbezogen, womit der elementare Grundsatz verwirklicht wurde, daß kein Kind hungrig die Schule besuchen soll. Derzeit wird die Ausspeisung in den Schulen zum überwiegenden Teil von den Kindern der Arbeitslosen in Anspruch genommen.

Während im Schuljahr 1950/51 noch 5.700 Schulkinder an der Ausspeisung teilgenommen haben, waren es 1951/52 nur mehr 3.500, und in diesem Schuljahr ist ein weiterer Rückgang um rund 1000 Kinder festzustellen.

Von den derzeit 2.500 zur täglichen Mahlzeit angemeldeten Schulkindern sind nur 25 Prozent Vollzahler, die aus Familien stammen, in denen zumeist beide Elternteile in Arbeit stehen. Vom 1. Jänner an werden für die 6 Mahlzeiten pro Woche von den Vollzahlern 13 S eingehoben. 67 Prozent der Kinder, die die Schulausspeisung in Anspruch nehmen, zahlen nur den Mindestbeitrag von sage und schreibe 1 S wöchentlich. Die restlichen 8 Prozent der Kinder zahlen die Hälfte des Vollbeitrages. Der Stadtverwaltung erwachsen aus der Ausspeisung Kosten in der Höhe von rund einer Million Schilling.

### Erholungsfürsorge für die Jugend

Für die Erholungsfürsorge der Jugend sind 3,4 Millionen Schilling veranschlagt. Das Wiener Jugendhilfswerk und das Jugendamt haben in diesem Jahr 30.000 Kinder in Erholungsheime senden können. (Beifall bei SPÖ und ÖVP.) Durch die Sammlung in den Häusern und durch den Ertrag der Wiener Jugendhilfswerklotterie sind dem Wiener Jugendhilfswerk große Summen zugeflossen, die zweifellos einen begrüßenswerten Ausbau der Erholungsfürsorge für die Jugend ermöglichen.

Vizebürgermeister Honay dankt bei diesem Anlaß der Wiener Bevölkerung für diese praktische Bekundung ihrer Kinderliebe auf das herzlichste. (**Starker lebhafter Beifall.**)

Für die Beschäftigung der aus der Schule Entlassenen, die noch nicht in den Wirtschaftsprozeß eingegliedert werden können, sind im Rahmen der Aktion "Jugend am Werk" 3,2 Millionen Schilling vorgesehen. Die Einführung des freiwilligen neunten Schuljahres hat hier eine gewisse Erleichterung gebracht.

### 70,7 Millionen für die Fürsorgerenten

Die Erhöhung des durchschnittlichen Lebensalters wirkt sich besonders auf die städtische Altersfürsorge aus. Im Jahre 1910 erreichten die Männer ein durchschnittliches Lebensalter von 43 und die Frauen eines von 62 Jahren. Gegenwärtig beträgt jedoch das durchschnittliche Lebensalter bei Männern 62 und bei Frauen 68 Jahre. In der offenen Fürsorge stehen 40 Prozent aller Betreuten im Alter von mehr als 70 Jahren! 48 Prozent aller dauerbefürsorgten Personen sind alleinstehende Frauen. Die Folge dieser Überalterung in der Fürsorge ist eine erhöhte Sterblichkeit. So sind von den 26.192 Dauerunterstützten in den ersten neun Monaten dieses Jahres 973 gestorben. 1173 mußten wegen Altersgebrechlichkeit in die geschlossene Fürsorge überstellt werden. Die Einführung der Arbeiterrente des Bundes hat einen nennenswerten Zuwachs in der offenen Fürsorge verhindert, so daß die Zahl der in Dauerfürsorge befindlichen Personen mit Stichtag 30. September auf 22.290 zurückgegangen ist. An erster Stelle der Zahl der dauerbefürsorgten Personen steht der Arbeiterbezirk Favoriten mit 1.702 Dauerunterstützten, dann folgen Fünfhaus mit 1.675, Ottakring mit 1.405, die Landstraße mit 1.372 und die Leopoldstadt mit 1.262 Dauerbefürsorgten. Hietzing hat mit 234 Unterstützten den geringsten Anteil.

Trotz der kleineren Gesamtzahl der Betreuten sind die Ausgaben für die offene Fürsorge gestiegen.

Für die ständigen monatlichen Renten wurden 1952 rund 63,6 Millionen ausgegeben, 1953 65 Millionen, und im kommenden Jahr sind einschließlich der Geldaushilfen 70,7 Millionen für die Fürsorge der Ärmsten vorgesehen. (Beifall bei SPÖ und ÖVP.)

Für die Tagesheimstätten sind 1954 Aufwendungen in der Höhe von 1 Million Schilling eingesetzt. Die wesentliche Erhöhung dieser Budgetpost hat ihre Begründung in dem "Sorgenfreien Tag", der heuer zum ersten Mal eingeführt wurde und der den Besuchern der Tagesheimstätte einmal im Monat eine volle Tagesverpflegung sichert.

#### Ausbau der Fürsorge für Körperbehinderte

In stetem Ausbau befindet sich die Fürsorge für körperbehinderte Hilfsbedürftige. Die "Arbeitstherapeutischen Kurse für Körperbehinderte" wurden vermehrt. Mit Hilfe des Arbeitsamtes erfolgen ständig Vermittlungen von Körperbehinderten auf private Arbeitsplätze, womit das Leben dieser Menschen wieder Sinn und Inhalt bekommt. Für verschiedene Gruppen von Körperbehinderten wurden die Begünstigungen auf den städtischen Verkehrsmitteln stark vermehrt, vor allem bei den Blinden wurde die Einkommensgrenze bedeutend hinaufgesetzt.

#### Urlaubsaktion für 2.000 Dauerbefürsorgte

Auch die Urlaubsaktion für die Dauerbefürsorgten erfährt eine Ausweitung. 1952, als die Aktion begann, wurden rund 500 alte Leute erfaßt, heuer wurden 1.500 Gemeinderentner in Privatpensionen geschickt, und im nächsten Jahr werden es 2.000 sein. Der Aufwand für diese Urlaubsaktion beträgt im kommenden Jahr eine Million Schilling. In Hinkunft wird auch während des Urlaubsmonats keine Kürzung der Unterstützung erfolgen, auch das Taschengeld von 30 S bleibt diesen Dauerbefürsorgten gesichert.

Bei der Besiedlung der Wohnungen für die alleinstehenden dauerbefürsorgten Ehepaare haben sich gewisse Schwierigkeiten ergeben, weil die Menschen vielfach nicht aus ihrer lieb gewordenen Umgebung wegziehen wollen.

### Zusätzliche Leistungen Wiens für die Opferfürsorge

Neben den Leistungen des Bundes für die Opfer des Kampfes um ein freies demokratisches Österreich gewährt das Wohlfahrtsamt eine zusätzliche Opferfürsorge im Gesamtbetrag von 400.000 Schilling, die sich auf einmalige Geld- oder Sachhaushilfen für Opfer und deren Hinterbliebene sowie auf die Zahlung von Vorschüssen auf staatliche Opferfürsorgerenten erstreckt.

### Die Betreuung der Flüchtlinge

Im übertragenen Wirkungsbereich betreut das Wohlfahrtsamt auch die Wiener Flüchtlingslager. Zu einem Großteil ist es gelungen, in engster Zusammenarbeit mit dem Wohnungsamt die Barackenlager nach und nach aufzulassen und vor allem Flüchtlinge, die bereits die österreichische Staatsbürgerschaft erlangt haben, in normale Wohnungen einzuweisen. Während sich 1950 noch 3.400 Flüchtlinge in den Lagern befanden, ist diese Zahl durch Übersiedlungen in private und städtische Wohnungen auf 2.416 gesunken, von denen 328 die österreichische Staatsbürgerschaft besitzen. Rekonvaleszente Flüchtlinge werden in zwei Anstalten von Ärzten betreut. Hoffentlich können bald alle Lager geräumt werden, denn der größte Teil der Heimatvertriebenen ist produktiv tätig, und diese arbeitsamen Menschen haben längst das Recht auf eine einwandfreie Wohnstätte erworben.

### Noch 349 Wiener in russischer Kriegsgefangenschaft

Nach den zur Verfügung stehenden Aufzeichnungen sind noch 349 Wiener und 58 in Wien wohnhaft gewesene Volksdeutsche in Gefangenschaft. Die Gemeinde schickt jedem dieser Ärmsten im Jahr acht Lebensmittelpakete. (Lebhafter Beifall.) Für diese Liebesgaben sind 300.000 Schilling vorgesehen. Hoffentlich wird diese Aktion bald überflüssig sein, weil sicherlich alle, ohne Unterschied der Parteizugehörigkeit, sehnlichst wünschen, daß diese Bedauernswerten bald in unserer Mitte weilen und von den weiteren Fährnissen und Schrecknissen des Lagerlebens bewahrt bleiben.

Von dem Grundsatz ausgehend, daß der Jugend die größte Aufmerksamkeit der fürsorgenden Gemeinde gebührt, wurden planmäßig alle Einrichtungen, die der Gesundheit unserer Jugend

dienen, ausgebaut. Die Bemühungen der Gemeinde sind darauf gerichtet, in jedem Einzelfall den Menschen aus der Fürsorge zu lösen. Bei den Jungen und bei vielen Körperbehinderten ist die Eingliederung in den Arbeitsprozeß das Ziel. Für die Alten hingegen ist eine ausreichende Altersversorgung anzustreben.

Mit dem Ausbau der Fürsorgeämter zu einem sozialen Mittelpunkt der Bezirke und mit der Schaffung eines Beamtenstabes, der durch sein Wissen, aber auch durch innere Berufung zur Vertiefung der Fürsorgearbeit befähigt ist, wird es möglich sein, das Wohlfahrtswesen dahin zu bringen, daß es jedem Leidenden Fürsorge und jedem einzelnen Bürger Schutz gibt, bis schließlich eine gesunde Gesellschaftsordnung, von gesunden Menschen getragen, die Sozialarbeit der Fürsorge überhaupt überflüssig macht. (Starker Beifall bei SPÖ, ÖVP und LBL.)

Abschließend dankt Vizebürgermeister Honay allen in der Wohlfahrtspflege Tätigen, den Fürsorgerinnen, Kindergärtnerinnen, Kindergartenwärterinnen, den Amtsvormündern und allen weiblichen und männlichen Angestellten des Wohlfahrtsreferates. (Lebhafter allgemeiner Beifall.)

GR. Martha Burian (WdU) bemängelt, daß zwar einige Ansätze auf dem Gebiete des Wohlfahrtswesens erhöht wurden, daß aber diese Erhöhungen nicht in gesteigerten Sach- und Geldleistungen zum Ausdruck kommen, sondern hauptsächlich in erhöhten Personalausgaben bestehen. Einige Ausgabenrubriken weisen sogar niedrigere Ansätze als in den vergangenen Jahren auf, was zu einem Leistungsschwund im Fürsorgewesen führen wird.

Die Rednerin beantragt, den Fürsorgerentnern der Stadt Wien schon in diesem Jahr aus den Rücklagen entsprechende Weihnachtzulagen zu gewähren.

Ein weiterer Antrag hat zum Inhalt, den Wiener Heimkehrern sofort eine entsprechende Weihnachtsgeldspende zu gewähren. Diese Maßnahme sei vor allem deshalb notwendig, weil allein 140 Heimkehrer des letzten Spätheimkehrertransportes sich an die SOS-Gemeinschaft um Hilfe gewendet haben.

Außerdem beantragt sie, dem Wohnungsamt der Stadt Wien die Ermächtigung einzuräumen, zwangsdelegierte Personen und Familien soweit ihnen nicht Wohnungen zugewiesen werden können, in die städtischen Obdachlosenheime einzuweisen.

Die Rednerin wendet sich dagegen, daß auch reiche Wöchnerinnen genau so wie arme Wöchnerinnen das Säuglingswäschepaket kostenlos erhalten. Die Unabhängigen unterstützen die Bestrebungen, alleinstehende Gemeindebefürsorgte nicht mehr in geschlossenen Altersheimen, sondern in geeigneten Wohnräumen inmitten neu erbauter Gemeindefiedlungen unterzubringen. Sie begrüßen auch die kostenlosen Urlaubsaufenthalte für Gemeindebefürsorgte, weil die Fürsorgeleistungen an sich vollkommen unzureichend sind.

Die Unabhängigen werden aus den eingangs angeführten Gründen gegen die Ansätze dieser Geschäftsgruppe stimmen. (GR. Frieda Nödl: Sie sind also gegen die Kindergärten und gegen unsere Fürsorge! - Lebhaftes Zwischenrufe)

GR. Lauscher (LBl) spricht einleitend über die ständig steigende Zahl der Amtsmündel und der städtischen Pflegekinder, die ein ernstes soziales Problem bedeuten. Er tritt für die Schaffung eines neuen Jugendwohlfahrtsgesetzes ein, da das derzeit bestehende Gesetz aus der nationalsozialistischen Ära stammt und nicht mehr entspricht. Was auf dem Gebiete der Jugendfürsorge im abgelaufenen Jahr geschaffen wurde, bezeichnet der Redner als unzureichend. So ist die Zahl der Plätze in den Kinderkrippen und Krabbelstuben trotz des Geburtenrückganges viel zu gering, auch die Kindergartenplätze sind nicht ausreichend. Ein weiterer Ausbau wäre vor allem auch im Hortwesen notwendig. Die Horte könnten bis zu einer endgültigen Lösung in den Schulklassen untergebracht werden; geschultes Personal wäre in genügendem Maße vorhanden. GR. Lauscher spricht sich sodann gegen die Erhöhung der Kindergartengebühren aus, die dazu führen muß, daß viele Eltern ihre Kinder zu Hause behalten. Die Beiträge dürften für alle von Kindern benützten städtischen Einrichtungen nur Anerkennungsbeiträge sein. Er bezeichnet es auch als unzureichend, daß im Budget lediglich für den Bau eines Kinder-

freibades und eines Kinderspielplatzes vorgesorgt wurde. Auch über die geplante Parkaufsicht durch städtische Fürsorgerinnen und die Bereitstellung von Spielgeräten wurde viel gesprochen, stellt GR. Lauscher fest, doch wurde davon außer im Stadtpark und in der Venediger Au kein Gebrauch gemacht.

Der Redner fordert die Anschaffung von Turngeräten, Spielbällen und Sandkisten für die städtischen Erziehungs- und Lehrlingsheime. Auch sollten dort mit den Kindern weitaus mehr Ausflüge und Wanderungen unternommen werden. Eine Möglichkeit zur Lösung der Frage der zu geringen Unterbringung von Pflegekindern in Familien sehe der Redner in einer Erhöhung der Pflegegelder. In diesem Zusammenhang verweise er darauf, daß der Gemeinde Wien die in Heimen betreuten Kinder zweieinhalb Mal so teuer kommen als jene, die sich in Familienpflege befinden. Es dürfe auch nicht vorkommen, daß Kinder wegen Obdachlosigkeit ihrer Eltern in Gemeindepflege übernommen werden müssen. Hier ist dringend Abhilfe zu schaffen.

Als ein großes Problem bezeichnet der Redner die Sorge um die schulentlassene Jugend, die durch das Jugendeinstellungsgesetz wohl eine gewisse Erleichterung erfuhr, jedoch noch lange nicht als beseitigt bezeichnet werden kann. Die Gemeinde Wien habe heuer nicht einmal alle ihre Mündel auf Lehr- oder Arbeitsplätzen unterbringen können. Der Redner fordert den Bau der schon vor längerer Zeit geplanten Lehrwerkstätte und stellt die Frage, wieviel Jugendliche nach ihrer Fertigstellung dort untergebracht werden können.

Abschließend spricht der Redner über die Fürsorge für die alten Leute: In diesem Jahr ist eine bescheidene Erhöhung in der Fürsorgeunterstützung für die Alten durchgeführt worden. Der Linksblock sieht darin eine kleine Verbesserung, er möchte aber darauf hinweisen, daß im Budget für 1954 um 3,5 Millionen Schilling weniger für laufende Unterstützungen vorgesehen sind als für 1953. Demgegenüber hat der Referent versucht, dem Gemeinderat eine Erhöhung glaubhaft zu machen.

Der Redner verlangt ferner, daß die verschiedenen Sonderaktionen wie "Ein sorgenfreier Tag", Urlaubsaktion usw. allen zugutekommen soll.

Für alle Befürsorgten sollte man ein lebenswertes Leben gewährleisten. Die gegenwärtigen Richtsätze sichern jedoch den notwendigen Bedarf nicht. Der Redner stellt einen Resolutionsantrag, daß die Fürsorgeunterstützungen den Sozialrenten angepaßt werden, was einer Erhöhung auf ungefähr 520 Schilling im Monat entspräche.

GR. Dr. Helene Stürzer (ÖVP) stellt an die Spitze ihrer Ausführungen ein Beispiel. Wenn ein Kranker zum Arzt kommt und über starke Schmerzen klagt, so wird der Arzt zuerst etwas tun, um diesen Schmerz zu lindern. Er wird aber selbstverständlich auch nach dem tieferliegenden Grund der Schmerzen suchen und das Übel an der Wurzel bekämpfen. Dieser Weg muß auch in der Fürsorge gegangen werden. Wir müssen der sozialen Not dieser Zeit auf den Grund kommen und darnach trachten, von der Wurzel her zu heilen.

So bemüht sich zum Beispiel das Jugendamt um Pflegeeltern für die Pflegekinder der Stadt Wien; aber die Pflegegelder, die bezahlt werden, sind bestimmt zu gering. Es darf freilich aus den Pflegekindern kein Geschäft gemacht werden, doch ist die Übernahme eines Pflegekindes heute beileibe kein Geschäft. Außerdem überprüfen und überwachen ja die Fürsorgerinnen die Pflegekinder. Wenn hingegen die Gemeinde die Pflegesätze erhöhte, dann könnte man sogar etwas ersparen und das Geld an anderer Stelle in der Fürsorge verwenden. Denn niemals werden Pflegeeltern jenen Betrag brauchen, den ein Kind in einem Heim kostet. Das Wichtigste bleibt selbstverständlich, daß die Kinder nur durch die Liebe der Pflegeeltern zu Menschen erzogen werden, die sich positiv zum Leben einstellen. (Beifall bei der ÖVP.)

Die städtische Fürsorge leidet an einer fixen Idee. Es scheint fast, unsere Stadtverwaltung hat nur dann Freude an einer sozialen Einrichtung, wenn man damit in die Öffentlichkeit gehen, filmen und fotografieren kann. Fotografieren wir jedoch, meint die Rednerin, den Kindergarten oder sonst eine Wohlfahrtseinrichtung, wenn sie in Betrieb ist und nicht bei der Eröffnung.

Wir sind nicht so schön, daß wir auf den **Bildern** drauf sein müssen. (GR. Planek, (SPÖ): Sie meinen doch nicht Vizebürgermeister Weinberger?) Das Wichtigste auf dem Gebiet der sozialen Tätigkeit ist nicht, daß man den sieht, der hilft, sondern daß geholfen wird. (Beifall bei der ÖVP)

Die Rednerin spricht im folgenden über die städtischen und privaten Kindergärten und meint, daß beide nebeneinander und miteinander arbeiten müßten. (Beifall bei der ÖVP) Dann könnte man das Ziel erreichen, all denen zu helfen, die einer Hilfe bedürfen.

Zur Jugendfürsorge regt Dr. Stürzer an, man möge für eine bessere Betreuung jener Jugendlichen sorgen, die aus einer Anstalt oder gar aus der Haft entlassen worden sind. Man könnte für diesen Zweck eigene Fürsorgeräte schulen. Sie verlangt ferner energisch, daß die Aktion "Jugend am Werk" nicht länger durch Beamte geleitet wird, sondern ähnlich wie beim **Wijug** durch ein Kuratorium.

Bei der Altersfürsorge bemängelt die Rednerin gleichfalls, daß die Ansätze im Budget um 3,5 Millionen Schilling zurückgegangen sind. Sie begrüßt die durchgeführte Erhöhung der Richtsätze und den Wirtschaftszuschuß, der eigentlich von der ÖVP angeregt wurde. Sie stellt schließlich einen Resolutionsantrag, für jene befürsorgten alten Leute, die nicht völlig gesund sind, um für die Urlaubsaktion in Betracht zu kommen, ein Heim ausfindig zu machen, in dem auch Ärzte und Pflegepersonal zur Verfügung stehen.

Die Einrichtung der Wärmestuben bzw. Tagesheimstätten und sorgenfreien Tagen für unsere alten armen Menschen ist zu begrüßen, doch sind im Vergleich zur großen Zahl der Dauerbefürsorgten zum Teil zuwenig Plätze vorhanden. Da auch nicht alle Dauerbefürsorgten in die Tagesheimstätten kommen können, müssen Wege gesucht werden, um allen Dauerbefürsorgten eine Erleichterung zu gewähren, wie etwa in jener Randgemeinde, wo sie zu Weihnachten ein Paket im Werte von 40 Schilling bekommen.

Das Versorgungsheim Lainz sollte wieder seiner ursprünglichen Widmung zugeführt werden, ein Heim für gesunde alte Leute zu sein. Es muß getrachtet werden, die großen Säle durch Zwischenwände abzuteilen. Für die Kranken müßten eigene Altersheime zur Verfügung gestellt werden.

Die Richtsätze für die anrechnungsfreien Beträge bei Hilfsbedürftigen, die im Familienverband leben, sind zu niedrig; ihre Neufestsetzung wäre dringend notwendig. Ebenso sollte ein österreichisches Fürsorgegesetz geschaffen werden, das alle diese Fälle zusammenfaßt und regelt.

Abschließend dankt die Rednerin allen Fürsorgeräten, Mitarbeitern und Beamten und gibt namens der ÖVP die Zustimmung zu den Ansätzen der Gruppe Wohlfahrtswesen. (Lebhafter Beifall bei der ÖVP.)

GR. Hedwig Lehnert (SÖP) erklärt, aus dem Voranschlag ist mit aller Deutlichkeit zu ersehen, daß den Sozialisten die Fürsorge für jung und alt nicht nur eine Verstandes- sondern auch eine Herzenssache ist. Die Zeit, in der bedürftige Kinder und Greise als Almosenempfänger gegolten haben, ist vorüber. Das ist ein bleibendes Verdienst des verstorbenen Stadtrates Tandler. Wir freuen uns, daß die Arbeit in seinem Geist fortgesetzt wird.

Seit 1945 wurden wir aber vor neue Probleme gestellt. Wir mußten unsere Fürsorge auf die Flüchtlinge ausdehnen, von denen noch immer 2.416 Personen in Lagern untergebracht sind, und wir müssen noch immer 349 Wiener und 58 in Wien wohnhaft gewesene Kriegsgefangene betreuen. Wir schicken ihnen Pakete, um ihr Los zu erleichtern. Aber wir möchten doch an den Linksblock appellieren, sich für ihre Heimförderung einzusetzen. (Beifall bei den Sozialisten.)

Die Rednerin begrüßt es, daß körperbehinderten Kindern in einer Werkstätte die notwendigen Berufskennntnisse vermittelt werden, damit sie sich selbst im Leben durchschlagen können und nicht das Gefühl der Abhängigkeit haben, weiter, daß die 580 Kinder, die keine Angehörigen haben, über Anregung einer Fürsorgerin gelegentlich einen Kartengruß oder kleine Aufmerksamkeiten erhalten, die ihnen zeigen, daß auch sie von der Gesellschaft anerkannt werden. Sie regt an, der Gemeinderat möge dieser Fürsorgerin den Dank zum Ausdruck bringen. (Beifall bei den Sozialisten.)

In Erwiderung auf die Ausführungen des GR. Dr. Stürzer erklärt sie, daß die Wärmestuben der Vergangenheit angehören und sich die Heimstätten sehr wesentlich von ihnen unterscheiden. Die alten Menschen finden dort geselligen Anschluß, der sich oft das ganze Jahr über fortsetzt. Man möge darum trach-

ten, ihnen auch in den Parkanlagen mehr Platz einzuräumen. Zu den Caritaskindergärten sagt sie, daß es ja dem Charakter der Caritas entspricht, an die Wohlhabenden zu appellieren, sie mögen von ihrem Überfluß abgeben.

Gegenüber der GR. Burian setzt sie sich für die uneingeschränkte Ausgabe der Säuglingspakete ein. Sie tritt weiter dafür ein, daß nach Möglichkeit alleinstehende Frauen in Kleinwohnungen von Wohnhäusern der Stadt Wien untergebracht werden.

Als die Rednerin dem GR. Lauscher erwiderte, daß in Ostdeutschland Mädchen zur Freizeitgestaltung in Uniform marschieren, kam es zu minutenlangen Zwischenrufen der Kommunisten und Gegenrufen bei den Sozialisten. (GR. Dr. Soswinski hielt ihr entgegen: Was geht uns Deutschland an?) Die Rednerin erwiderte: Das hat man vor 1938 auch gesagt! Wir wollen die Kinder zu friedensliebenden Menschen erziehen! (GR. Lauscher: Schaut auf Schmutz und Schund in Wien, da macht ihr nichts!) Wie viele sitzen dort wieder in den Lagern! Wir wollen doch einen Friedensstaat aufbauen. (GR. Lauscher: Wir leisten unseren Beitrag dazu! - Stadtrat Sigmund: Hitler und Stalin schlossen einen Freundschaftsvertrag, das war eine Koalition!) Wir müssen eine solche Methode der Freizeitgestaltung ablehnen. Wir bemühen uns, Mittel zu finden, um das Los dieser Kinder zu erleichtern.

In der Debatte wurden mancherlei Anregungen zum Ausbau unserer Fürsorge gegeben. Wir wollen uns diese zunutze machen und neue Wege suchen. Unsere Fürsorgeräte unterziehen sich dieser Aufgabe, und ich möchte ihnen dafür danken. Sie greifen dort zu, wo unbedingt Hilfe notwendig ist. (Beifall bei der SPÖ.)

Es ist klar, daß alle Fürsorgefälle genau überprüft werden müssen. Wir wissen auch, daß es sich hier um Steuergelder handelt, mit denen sparsam umgegangen werden muß. Aber letzten Endes zahlen auch die Ärmsten Steuern. Wenn sie aber ihren Obulus für die Gemeinschaft leisten, haben sie auch ein Recht, von der Gemeinschaft betreut zu werden.

Die Sozialisten begrüßen alle Neuerungen, die bisher auf dem Wohlfahrtssektor durchgeführt werden konnten. Sie werden auch alle zukünftigen Bestrebungen zum Ausbau des Wohlfahrtswesens unterstützen. Sie sind auch bereit, jede Anregung und jede vorgeschlagene Verbesserung zu prüfen und, soweit es möglich ist, in die Tat umzusetzen.

Die sozialistische Fraktion wird für die Ansätze des vorliegenden Wohlfahrtsbudgets stimmen. (Lebhafter Beifall bei den Sozialisten.)

Berichterstatter Vizobürgermeister Honay beschäftigt sich in seinem Schlußwort zunächst mit den von der GR. Burian eingebrachten Anträgen. Dem Antrag, den alten Leuten eine Weihnachtsgabe zu gewähren, kann der Referent deshalb nicht beitreten, weil keine finanzielle Bedeckung für den Mehraufwand gegeben ist. Aus dem gleichen Grunde ist es der Gemeinde auch nicht möglich, eine Sonderaktion zu Weihnachten für die Spätheimkehrer zu machen. Die Gemeinde Wien hat für diese Menschen schon sehr viel getan: So ist es gelungen, einem Teil der Spätheimkehrer Wohnungen zu verschaffen. Im Zusammenwirken mit dem Arbeitsamt konnten auch viele einer passenden Beschäftigung zugeführt werden. 161 der Spätheimkehrer verbrachten in zwei Turnussen einen vierzehntägigen Urlaubsaufenthalt auf Kosten der Stadtverwaltung. Außerdem ist von seiten der Bundesregierung eine Weihnachtsaktion für die Spätheimkehrer geplant.

Der Antrag bezüglich der Obdachlosenheime falle nicht in das Ressort Wohlfahrtswesen.

Die vom GR. Lauscher bemängelte Tatsache, daß das Jugendwohlfahrtsgesetz noch nicht in Kraft gesetzt werden konnte, obwohl der fertige Entwurf schon seit dem Jahre 1951 vorliegt, ist darauf zurückzuführen, daß knapp vor der Einbringung des Gesetzes im Hause das Unterrichtsministerium sehr ernste Bedenken gegen diese Vorlage erhoben hat. Auch in den Verhandlungen mit den Bundesländern konnte noch kein Einvernehmen hergestellt werden. Vor allem aber hat das Unterrichtsministerium ein Junktum zwischen dem Jugendwohlfahrtsgesetz und den kommenden Schulgesetzen hergestellt.

Die Angaben über den Besuch der Kindergärten weisen deshalb oft große Schwankungen auf, weil nicht alle eingeschriebenen Kinder auch tatsächlich die Kindergärten besuchen. So waren beispielsweise am 1. Dezember 15.459 Kinder in den Wiener Kindergärten eingeschrieben, tatsächlich haben jedoch nur 13.632 Kinder den Kindergarten besucht und den Kostenbeitrag geleistet.

Grundsätzlich freut sich das Wohlfahrtsreferat über jede vorgebrachte Anregung, und es freut sich noch mehr, wenn solche Anregungen verwirklicht werden können, die den Kindern und Befürsorgten dieser Stadt zugute kommen. (Lebhafter Beifall bei der SPÖ.)

Die von GR. Lauscher geforderte Betreuung der Kinder in der heißen Jahreszeit in Parkanlagen läßt sich deshalb schwer verwirklichen, weil die Parkanlagen an sich zu klein sind und überdies diese Anlagen von alten Frauen und Männern besucht werden, die sich ständig über den von den Kindern verursachten Lärm beklagen.

Entgegen den Ausführungen des GR. Lauscher muß festgestellt werden, daß die Wiener Lehrlingsheime gut geführt werden und die Betreuer der Lehrlinge und Lehrlinge erstklassig arbeiten.

Die Pflegegelder wurden deshalb nicht erhöht, weil bisher von keiner Seite - insbesondere von den Pflegeeltern nicht - Beschwerden gekommen sind. Es ist auch nicht anzunehmen, daß eine Erhöhung der Pflegegelder zu einer Vermehrung der Pflegestellen führen würde. Hier ist besonders die Tatsache zu erwähnen, daß ungefähr 60 Prozent aller Pflegekinder überhaupt nicht in Familienpflege gegeben werden können, weil sie teils schwererziehbar sind und teils körperliche und geistige Fehler aufweisen. Freilich fällt der Umstand schwer ins Gewicht, daß die Anstaltsbetreuung wesentlich teurer als die Familienbetreuung zu stehen kommt.

Der Bau der vielzitierten "Musterlehrwerkstätte" konnte deshalb noch nicht in Angriff genommen werden, weil kein geeigneter Bauplatz zur Verfügung stand. Es liegt nunmehr ein fertiger Plan vor, der die Errichtung der Musterlehrwerkstätte auf dem Gelände der bereits bestehenden Lehrwerkstätte in der

Hellwagstraße vorsieht. Das zur Durchführung vorgeschlagene Projekt erfordert einen Gesamtaufwand von 10 Millionen Schilling, den die Gemeinde nicht allein aufbringen kann. Sie fühlt sich zur alleinigen Aufbringung auch nicht verpflichtet. Die Verhandlungen mit den zuständigen Faktoren über eine finanzielle Beitragsleistung werden hoffentlich dazu führen, daß schon im Frühjahr mit dem Bau der Musterlehrwerkstätte begonnen werden kann. Insbesondere werden jene Körperschaften zu Beitragsleistungen herangezogen werden, die an der sachlichen und fachlichen Ausbildung des gewerblichen Nachwuchses interessiert sind.

Es geht nicht an, einen Vergleich zwischen den Dauerbefürsorgten der Gemeinde Wien und den Sozialrentnern des Bundes anzustellen, denn bei den Sozialrentnern handelt es sich um gesetzlich geregelte Ansprüche. Dennoch sind einschließlic der Sonderleistungen die Leistungen an die Dauerbefürsorgten der Gemeinde oftmals höher als die Sozialrenten.

Den Antrag des GR. Lauscher, der eine Gleichstellung der Dauerbefürsorgten mit den Sozialrentnern verlangt, müsse der Referent aus den angeführten Gründen zur Ablehnung empfehlen.

Es stimme nicht, daß in den sogenannten Alten-Wohnungen keine Mietverträge bestehen. Auch für diese Wohnungen werden regelrechte Mietverträge abgeschlossen, wobei die Mieten von der Fürsorge bestritten werden.

Frau GR. Dr. Stürzer hat die Propagandaarbeit der Fürsorge einer Betrachtung unterzogen. Ich weiß nicht, fuhr Vizebürgermeister Honay fort, warum Sie so eine Scheu vor den Lichtbildern haben. Ich werde jedoch veranlassen, daß bei der in Kürze in Wort und Bild erscheinenden Broschüre über die Leistungen des Jugendamtes keine Bilder von Funktionären hineinkommen. Es ist aber selbstverständlich, daß die Leistungen der Gemeindeverwaltung aufgezeigt werden müssen, damit die Bevölkerung erfährt, was mit den Steuergeldern geschieht.

Zum Thema der Hochwasserschäden im Bezirk Liesing ist zu sagen, daß alle Akten bereits erledigt sind. Die nachträglichen Forderungen wurden dem Landwirtschaftsministerium übergeben. Wenn der Bund dafür weitere Mittel zur Verfügung stellt, wird auch Wien versuchen, entsprechend einzugreifen.

Der Antrag der GR. Dr. Stürzer auf Gewährung eines Erholungsurlaubes für kranke Dauerbefürsorgte soll einer Prüfung unterzogen werden.

Bezüglich einer Entschädigung an Dauerbefürsorgte der Bezirke Liesing und Mödling, denen die Tagesheimstätten nicht zugute kommen, weil es in ihrem Bezirk keine gibt, wurde mit den Bezirksvorstehern verhandelt. Es wird eine derartige Entschädigung in Form einer Weihnachtsfreude erfolgen.

Die Ansätze für das Kapitel Wohlfahrtswesen wurden einstimmig angenommen.

(Unterbrechung des Berichtes über die Budgetverhandlungen)

#### Entfallende Sprechstunden

=====

16. Dezember (RK) Freitag, den 18. Dezember, entfallen beim Amtsführenden Stadtrat der Verwaltungsgruppe VII, Baubehördliche und sonstige technische Angelegenheiten, Lakowitsch, die Sprechstunden.

#### Hugo Schoeppl zum Gedenken

=====

16. Dezember (RK) Auf den 17. Dezember fällt der 25. Todestag des Rezitators und Schriftstellers Hugo Schoeppl. Am 26. Juni 1867 in Wels geboren, befaßte er sich in Wien mit verschiedenen Studien und betätigte sich als Lehrer der Rede- und Schauspielkunst sowie als Spielleiter am Sulkowskytheater. Auch als Schriftsteller und Mitarbeiter verschiedener Tageszeitungen trat er hervor. Von ihm stammen Theaterkritiken, Dramen, Romane, Novellen, Übersetzungen und Lebensbeschreibungen. Ein Teil seiner Lebensarbeit war Adalbert Stifter gewidmet, zu dessen 50. Todestag er die Stiftergesellschaft gründete.

#### Entfallende Sprechstunden

=====

16. Dezember (RK) Donnerstag, den 17. und 24. Dezember, entfallen die Sprechstunden beim Amtsführenden Stadtrat für Wirtschaftsangelegenheiten, Bauer.

### Das Gesundheitswesen

Vizebürgermeister Weinberger erklärt, daß das Defizit auf diesem Sektor wieder sehr bedeutend ist. Es beträgt 203 Millionen Schilling, also um rund 32 Millionen mehr als heuer. Zu den Ausführungen des Vizebürgermeisters Honay während dieser Budgetdebatte darüber, daß in Wien pro Kopf der Bevölkerung rund 50 Schilling für die offene Fürsorge ausgegeben werden, in den Bundesländern jedoch durchschnittlich nur 20 Schilling, müsse er sagen, daß hier ein Vergleich kaum möglich ist. Die Verhältnisse auf dem Lande seien ganz andere als in der Stadt, außerdem sei es kein Grund stolz zu sein, wenn wir gezwungen sind, um so viel mehr auszugeben. Vizebürgermeister Weinberger erklärt, niemand neide den bedürftigen Mitbürgern diese Hilfe, im Gegenteil, sie kann als viel zu niedrig bezeichnet werden. Bedauerlich seien jedoch die schlechten allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse, die ja die Ursache für diese als so hoch bezeichneten Fürsorgenaufwendungen sind.

### Alarmierende volkspolitische Entwicklung

Zum Thema der Pflegekinder wäre zu sagen, daß hier durch eine Erhöhung der Pflegegelder Abhilfe geschaffen werden könnte denn dadurch würden sich sicher mehr Familien zur Aufnahme von Kindern bereiterklären. Es müßte auch dafür gesorgt werden, daß Familien gegründet werden können, daß gesunde Familien gesichert werden und bleiben und daß kinderreiche Familien ganz besonders unterstützt und bevorzugt behandelt werden müßten. In diesem Zusammenhang muß auch unsere derzeitige volkspolitische Entwicklung als alarmierend und beängstigend bezeichnet werden. Betrug im Jahre 1947 die Geburten in Wien/ <sup>noch</sup> 23.550, so waren es im Jahre 1952 nur noch 12.570, denen 26.000 Todesfälle gegenüberstehen. Auch der sinkende Prozentsatz der Kinder in den Ehen ist erschreckend. Der Redner erklärt, der Wille zum Kind ist in Wien unter allen Großstädten der Welt am geringsten. Er weist dies an Hand von Zahlenmaterial nach. Außer dieser niedrigen Geburtenziffer besteht auch noch immer eine hohe Säuglingssterblichkeit.

Vizebürgermeister Weinberger verweist darauf, daß nach verlässlichen Schätzungen die jährliche Anzahl der in ganz Österreich verhinderten Geburten rund 400.000 ist. Eine ungeheure Zahl, besonders wenn man ihr die Gesamtzahl der Geburten Österreichs im Jahre 1952 gegenüberstellt, die 103.012 betrug. Eine interessante Zahl ist auch, daß der Bevölkerungsabgang aus der Gegenüberstellung von Geburten und Todesfällen im Jahre 1947 1.729 betrug, im Jahre 1951 aber bereits 13.322. Wenn auch der Geburtenrückgang kein materielles Problem allein ist, müßte man doch die Familiengründung wesentlich fördern und sichern. Vizebürgermeister Weinberger ruft in diesem Zusammenhang zu einer großzügigen und umfassenden Familienpolitik nicht nur des Bundes, sondern auch unserer Stadt und überall dort auf, wo sie praktisch möglich ist.

#### Ein Patient kostet täglich 90 Schilling

Zu den Anstalten und Heimen. Der Normalbettenstand blieb mit rund 13.700 Betten unverändert. Die Ausnützung der Spitalsbetten im Jahresdurchschnitt betrug etwa 90 Prozent. Es ist an die Errichtung einer urologischen Abteilung im Franz Josefs-Spital mit 60 Betten gedacht. Allerdings sollte zum ungefähr gleichen Zeitpunkt das Rochusspital, das 105 Betten umfaßt, mit Rücksicht auf sein Alter geschlossen werden. Es bestehen gegen diese Schließung viele und sachliche Bedenken, die noch genau geprüft werden müssen. Die Verpflegungsgebühren in den städtischen Krankenanstalten wurden zuletzt am 1. Jänner 1953 erhöht. Sie betragen zur Zeit pro Patient und Tag für Krankenkassenpatienten 48 S und für Selbstzahler 55 S. In der II.Klasse 66 S, in der I. Klasse 72 S; Mit diesen Ansätzen sind die Selbstkosten jedoch nicht gedeckt, da der Aufwand pro Patient und Tag für 1954 mit 90 Schilling angenommen werden muß. Die Differenz, die aus Steuermitteln getragen werden muß, ist also sehr hoch. Die Frage eines größeren Beitrages des Bundes steht vor der Entscheidung. Im Jahre 1953 konnten rund 15,5 Millionen für Inventarerhaltung und Anschaffung verwendet werden und für die Neuherstellung von Anlagen, ohne das Franz. Josefs-Spital, rund 20 Millionen Schilling.

### Weiterer Ausbau der Spitäler

Der weitere Ausbau des Franz-Josefs-Spitals kostete 8 Millionen Schilling. Der neue Pavillon D ist fertig. Außerdem wurde im Oktober das Schwesternhaus im Wilhelminenspital der Benützung übergeben und nicht zuletzt die moderne Röntgenstation an der II. Medizinischen Universitätsklinik eröffnet.

Der Referent führte dann im einzelnen Umbauten, Zubauten und Verbesserungen an städtischen Anstalten an, wie neue Röntgenanlagen, Ambulanzen, die künstliche Niere im Krankenhaus Lainz und andere. 1954 sind für Inventarerhaltungen und Anschaffungen 42 Millionen vorgesehen, daneben 12 Millionen für den weiteren Ausbau des Franz-Josefs-Spitals; dazu kommen noch die normalen Erhaltungsausgaben. Zusammenfassend kann gesagt werden, daß die Stadt Wien auch auf diesem Gebiet alljährlich erhebliche Summen zur Verfügung stellt, mit welchen beachtliche Erfolge erzielt wurden. 1953 sind auch fast keine wesentlichen Klagen mehr wegen der Krankenanstalten gekommen.

Der Arzneimittelbedarf ist auch heuer wesentlich gestiegen. Wir stehen hier in einer Entwicklung, die auch im Ausland nicht abgeschlossen ist. Der Hauptgrund für den gesteigerten Verbrauch liegt in der Anwendung von neuen Arzneimitteln und in einem Mehrverbrauch auf Grund moderner Therapien. An der Spitze stehen die Antibiotika.

### 23.505 Betten

Der gesamte Bettenstand des Anstaltenamtes beträgt für 1954 insgesamt 23.505 Betten. Für die Anschaffung von Kleidung und Wäsche benötigen wir einen Betrag von mehr als 5 Millionen. Das sind pro Bett und Jahr 214 Schilling. Der Lebensmittelaufwand wird dem Betrag von 67,5 Millionen, das sind täglich 184.820 Schilling erreichen. Für Arzneien, Verbandstoffe usw. ist mit einem Aufwand von 36,8 Millionen, täglich 100.988 Schilling, zu rechnen.

Die Altersheime sind zum größten Teil Altersspitäler geworden, ohne aber die nötige Zahl von Ärzten und Schwestern zugewiesen zu erhalten.

Ich glaube, betonte Vizebürgermeister Weinberger, daß es unerläßlich sein wird, bald eine klare Trennung zwischen wirklichen Altersheimen und Altersspitälern vorzunehmen. Das Altersheim Währing wurde mit seinen Zweiganstalten im Zug eines Rückstellungsverfahrens der Erzdiözese Wien zurückgegeben, die dieses Heim durch die Caritas wieder als "Haus der Barmherzigkeit" führt. Der Bettenausfall wird durch Belagserhöhung in Lainz und Klosterneuburg wettgemacht.

#### Mehr Trinkerpsychosen

Die Zahl der Erkrankungen psychischer Art steigt leider weiter. Vor allem nimmt die Zahl der Trinkerpsychosen zu. So erhöhte sich der Belag in der Heil- und Pflegeanstalt Ybbs von 1.000 auf 1.175 Betten. Die Verhältnisse in der Heil- und Pflegeanstalt "Am Steinhof" sind zwar wesentlich verbessert worden, aber immer noch schwierig. Nach Ansicht der Fachleute müßten endlich zwei Pavillons für die heilbaren Behandlungsfälle eingerichtet werden. Die Trinker müßte man in einer eigenen Trinkerheilstätte unterbringen.

Die Herbergen für Obdachlose erfuhren erfreulicherweise einen schrittweisen Abbau. Der Durchschnittsbelag ging von 3.474 Betten im Jahr 1952 auf heuer 3.145 zurück.

Auch in den Jugendfürsorgeanstalten und Lehrlingsheimen wurden Verbesserungen durchgeführt.

#### Kein einziger Säugling starb an Tbc

Aus der Tätigkeit des Gesundheitsamtes berichtete der Referent ein neuerliches Sinken der Sterbefälle an Tbc. In den ersten neun Monaten 1953 sind in Wien 640 Personen an Tbc gestorben, gegenüber 823 in der gleichen Zeit des Jahres 1952. In den ersten 11 Monaten des Jahres 1953 ist kein einziges Kind unter einem Jahr an Tbc gestorben! Hingegen ist die Zahl der Tbc-Krankheitsfälle nahezu unverändert; eine Diskrepanz, die in allen europäischen Ländern zu bemerken ist. 1953 standen 21 Tbc-Fürsorgestellen in Betrieb, 17 davon mit Röntgenapparaten. Das neu eingerichtete fahrbare Röntgengerät wurde bisher noch nicht entsprechend verwendet. Derzeit wird die Untersuchung der Bevölkerung einer Randgemeinde vorbereitet.

### Die Syphilis stirbt aus

Der Bericht der Geschlechtskranken-Beratungsstelle zeigt auch für 1953 einen starken Rückgang an syphilitischen Erkrankungen. 1952 sind noch 343 Lueskranke gemeldet worden, heuer nur mehr 183, wobei bei vielen die Infektionsquellen außerhalb Wiens lagen. Es kann mit Sicherheit angenommen werden, daß in wenigen Jahren die Syphilis als Neuerkrankung nicht mehr auftreten wird! Beim Tripper ist gegenüber dem Vorjahr kein wesentlicher Rückgang zu verzeichnen. Die Leichtigkeit, mit der Penicillin diese Erkrankung heilt, verleitet leider die Patienten dazu, die Gonorrhoe zu bagatellisieren.

Die Fürsorge für Körperbehinderte hat Körperbehinderte aller Art, ausgenommen Kriegsverwehrte, zu betreuen. Dringend erforderlich wäre ein Heim mit angeschlossenen Werkstätten für jene Körperbehinderten, die trotz allen ärztlichen und fürsorglichen Maßnahmen nicht in der Wirtschaft untergebracht werden konnten.

Besondere Beachtung kommt der gesundheitlichen Betreuung der Schulkinder zu. Der schulärztliche Dienst wurde im abgelaufenen Schuljahr von 88 Schulärzten der Stadt Wien besorgt. Hauptaufgaben waren u.a. eingehendere Untersuchungen der Schüler des ersten, vierten und achten Jahrganges. Zur gesundheitlichen Betreuung der Schulkinder gehört auch die Schulzahnpflege. Gerade während der Schulzeit kommt der ständigen Beobachtung und der rechtzeitigen Behandlung der Zähne große Bedeutung zu.

Vizebürgermeister Weinberger verwies dann auf die außerordentliche Bedeutung der Hygienisch-bakteriologischen Untersuchungsanstalt für die öffentliche Wasserversorgung in Wien. Auch die bakteriologischen Untersuchungen aller Art sind für die Krankenanstalten und Gesundheitsämter, für das Personal von Lebensmittelbetrieben, die Werkküchen, Milchgewinnungs- und -verteilungsstellen und Gaststätten nach dem Bazillenausscheidergesetz von großer Wichtigkeit.

Gegenwärtig laufen Verhandlungen mit dem Bundesministerium für Soziale Verwaltung zwecks Übernahme dieser Untersuchungsanstalt durch den Bund, die aber noch nicht abgeschlossen sind. Im Fall einer Übernahme durch den Bund müßte selbstverständlich die gleiche gewissenhafte Betreuung unseres Trinkwassers gesichert werden.

### Die Krebsbekämpfung

Zum Kapitel Krebs und Krebsbekämpfung verweist er auf die Leistungen der Gesundenuntersuchungen, deren wichtiger gesundheitlicher Wert von der Bevölkerung voll erfaßt wurde. Obwohl es im Jahre 1953 möglich war, zwei neue Gesundenuntersuchungsstellen zu eröffnen, sind die Vormerkungen zur Untersuchung bis Ende Jänner 1954 voll besetzt. Weitere 1.800 schriftliche Anmeldungen liegen zur Zeit im Referat vor. Für die Gesundenuntersuchungsstellen bei den Männern befürwortet er die Zuziehung eines Facharztes für Hals-, Nasen- und Ohrenkrankheiten. Nach den bisherigen Erfahrungen wurden bei ca. 1.5 Prozent der Untersuchten Krebserkrankungen im Frühstadium festgestellt. Seit Eröffnung der ersten Gesundenuntersuchungsstellen im Jahr 1950 wurden insgesamt 15.034 Personen untersucht. Dabei wurden 1.082 karzinomverdächtige Befunde gemacht. 7.632 Personen wurden wegen anderweitiger Erkrankungen ihren behandelnden Ärzten zugewiesen. Vizebürgermeister Weinberger stellt fest, daß der vor drei Jahren beschrittene Weg sich als ein voller Erfolg erwiesen habe und bezeichnet die Errichtung von mindestens drei bis vier neuen Stellen als notwendig.

### Unsere "Rettung" ist stets zur Stelle

Die anzeigepflichtigen Infektionskrankheiten befinden sich im allgemeinen weiter im Rückgang. Ein Anstieg war nur beim Keuchhusten und bei der Tularemie festzustellen, während bei Diphtherie und Scharlach sowie bei den Darminfektionskrankheiten eine weitere Abnahme erfolgte. Die Leistungen des städtischen Rettungs- und Krankenbeförderungsdienstes waren hervorragend. Zusammenfassend könne man sagen, daß unsere "Rettung" stets zur Stelle ist. Sie ist zu einem Wiener Begriff geworden. Man kann und muß sie als eine besondere Einrichtung behandeln und ihre Leistungen besonders heraus-

stellen. Er sprach allen Bediensteten des Rettungsdienstes für ihre Leistungen den Dank aus.

Abschließend beschäftigt er sich mit dem Bau des neuen Allgemeinen Krankenhauses, den er als den Lieblingswunsch vieler bezeichnete. Er zitiert Auszüge aus den Akten verschiedener Fachleute. Übereinstimmend wird erklärt, führte er aus, daß es sich bei dem Bau des neuen Allgemeinen Krankenhauses nicht um den Neubau eines Spitäles schlechthin handelt, sondern um die Errichtung eines klinischen Spitäles, das gleichzeitig auch dem Unterricht und der Forschung dienen soll. Ob man die geplanten Neubauten auf den Gründen des alten Hauses oder auf den Gründen des neuen Hauses errichten soll, hängt von verschiedenen Erwägungen ab. Traditionsgründe sprächen zunächst einmal für den Raum des alten Hauses, ebenso die außerordentlich günstige Lage. Das Allgemeine Krankenhaus ist eines der ältesten noch bestehenden Krankenhäuser der Welt und es hätte sicher vieles für sich, die neuen Kliniken wieder auf dem gleichen Boden, also auf dem Gelände jenes Hauses zu erbauen, in dem die alte medizinische Schule groß geworden ist. Natürlich wird in jedem Falle die finanzielle Seite eine große Rolle spielen. Die Fachleute müßten berechnen, was mehr oder weniger kostet: ein Pavillonssystem oder ein Blocksystem.

Zum Schluß seiner Ausführungen verweist Vizebürgermeister Weinberger auf die Notwendigkeit einer Verstärkung der sozial-medizinischen Forschung und Ausbildung. Diese Probleme einer gedeihlichen Lösung zuzuführen wird und muß, im Zusammenwirken mit allen zuständigen Stellen und führenden Wissenschaftlern, unsere nächste Aufgabe sein. Er hofft, daß es uns gelingen wird, die Sozialmedizin auch praktisch bekanntzumachen, zu lehren und anzuwenden.

Abschließend dankt er allen Ärzten, Schwestern, Beamten und Angestellten sowie Arbeitern und Arbeiterinnen für ihre Leistungen. Den Gemeinderat ersucht er um sachliche Stellungnahme zu seinem Bericht und um die Annahme der Budgetkosten der Verwaltungsgruppe V.

Als erster Debattenredner stellt GR. Wicha (WdU) mit Genugtuung fest, daß beim Wiederaufbau des Franz Josefs-Spitals und auch des Allgemeinen Krankenhauses die Errungenschaften der Technik in vorbildlicher Weise angewendet wurden. Die Entschädigung der Gastärzte bezeichnete er als ungenügend, gleichso die Behandlung der Trinker, deren Zahl in der letzten Zeit bedauerlicherweise gestiegen ist. Auf diesem Gebiet vermißt er die Initiative der Gemeinde Wien, die durch einen Aufklärungsfeldzug gegen den Alkoholismus viel erreichen könnte. Das Gebäude des Altersheimes in Liesing eigne sich wenig für diesen Zweck und auch manche Lehrlingsheime entsprechen in keiner Weise den modernen Anforderungen. Hat man Mittel für den Bau einer Sporthalle und eines Museums aufgebracht, müßten seiner Meinung nach auch für die Altersheime Gelder zur Verfügung stehen. Nach einer Stellungnahme zum Thema der Geburtenrückgänge stellt er einen Resolutionsantrag, in dem er die Abschaffung der Einweisung der Zwangsdeliquenten in Baracken fordert.

GR. Dr. Matejka (LBI) beschäftigt sich als nächster Debattenredner mit dem Gesundheitswesen. Er verlangt eine konsequente Bekämpfung der Tuberkulose bei Rindern und begehrt gleichzeitig, daß im Rahmen der Schulmilchaktion an die Wiener Kinder eine nicht einwandfreie Tbc-Milch zur Verfügung gestellt wird. Als große Notwendigkeit bezeichnet GR. Dr. Matejka trotz der Chlorierung die laufende hygienische Überwachung unseres Trinkwassers. Es sei daher erstaunlich, daß die Hygienisch-bakteriologische Untersuchungsanstalt monatelang ohne Leitung gewesen ist. Der Redner kommt sodann auf die Mutterberatungsstellen zu sprechen und erklärt, daß sich eine Rückwärtsentwicklung und Verfallserscheinung zeige. Wohl nicht bei allen, aber bei vielen mangelt es an einer zielbewußten ärztlichen Führung. In den Erziehungsheimen der Gemeinde Wien dürften gleichfalls nur wirklich geeignete und geschulte Fachkräfte besetzt werden und nicht Personen aus anderen Berufssparten, wie Techniker, Ingenieure usw. Die Jugendlichen dort müßten in kleinere Gruppen eingeteilt werden, engere Verbindung mit dem Leben bekommen. Sie sollten Radio hören und Exkursionen machen können.

GR. Dr. Matejka tritt sodann für die Schaffung einer modernen Trinkerheilstätte ein, da die bestehenden Einrichtungen unzureichend und nicht zweckentsprechend seien.

Die Ursachen für den starken Geburtenrückgang sieht er in der Verschlechterung der materiellen Lage, der Wohnungsnot, der allgemeinen Unsicherheit, der Angst vor dem Krieg, vor der Atombombe usw. Einer Abhilfe bedürfe auch die allzu große Belastung des Personals der Spitäler und vor allem der Altersheime. Die Ärzte und Schwestern tun vielfach weit mehr als es ihre Pflicht wäre. Der Redner stellt fest, daß auch die Verpflegung in den Spitälern und Altersheimen einer Kritik bedürfe. Es könnte mit den gleichen Lebensmitteln bei mehr Aufmerksamkeit ein qualitativ viel besseres Essen hergestellt werden. Das Problem der Gastärzte bezeichnet der Redner als einen unwürdigen Zustand, der endlich beseitigt werden müßte. Die Neuanschaffung von Rettungswagen begrüßt GR.Dr. Matejka, doch meint er, daß diese viel zu gering ist. Eine Änderung müsse auch in der Bezahlung der Rettungsmänner und Rettungsärzte eintreten. Ein Rettungsmann erhält pro Monat netto durchschnittlich 1.200 Schilling, ein Arzt der Rettung etwa 1.400 S, obwohl gerade der Dienst auf diesem Gebiet zermürbend ist.

Die Ausführungen des Referenten über die Krebsuntersuchungsstellen bezeichnet GR.Dr. Matejka als gänzlich unzulänglich. Es wurde bei der letzten Budgetdebatte die Errichtung von mehreren Krebsuntersuchungsstellen angekündigt, doch habe man sich nicht daran gehalten. Dabei kann es sich hier um keine Geldfrage handeln, da die Gesundenuntersuchungsstellen in den Tbc-Fürsorgestellen eingerichtet werden könnten. Auch auf dem Gebiete der Krebsforschung hat man in Wien keine Fortschritte gemacht. Der Redner stellt daher den Antrag, im Hinblick auf die hohe Sterblichkeit an Krebs und die Unzulänglichkeit der bestehenden Einrichtungen zur Krebsbekämpfung die städtischen Krankenanstalten mehr als bis jetzt zur Krebsuntersuchung heranzuziehen. Alle im Krebsalter stehenden Menschen sollten jährlich einmal dazu verhalten werden, sich auf Krebe untersuchen zu lassen. GR.Dr. Matejka tritt auch für die Schaffung eines Bundesgesetzes ein, das die Verwendung krebsfördernder Farben in der Lebensmittelindustrie verhindern soll.

Zusammenfassend zu diesem Problem meint der Redner, er halte es für diese Stadt unwürdig, daß das "Kriegsbeil" durch ein stilles Übereinkommen begraben wurde. Vizebürgermeister Weinberger habe sich in irgend einer Weise mit Bürgermeister Jonas und Stadtrat Resch verständigt. Der Preis wurde uns nicht mitgeteilt, aber es ist klar, daß das geschehen ist, denn man sieht nirgends einen positiven Ansatz. In den Satzungen des Weltgesundheitsamtes heißt es: Die Gesundheit ist ein Zustand vollkommenen physischen, geistigen und sozialen Wohlbefindens. Wenn man darauf das Referat des Amtsführenden Stadtrates für Gesundheit ansieht, muß man sagen, es war recht dürftig.

GR.Dr. Eberle (ÖVP) spricht über den Geburtenrückgang und über die große Zahl von Abtreibungen. Diese Angelegenheit, führt er aus, geht jeden einzelnen von uns an, und muß jeden einzelnen berühren, wenn uns nicht die Geschichte einmal dazu verurteilen soll, ein österreichisches Volk gewesen zu sein und sich zu spät daran erinnert zu haben. (Beifall bei der ÖVP.)

Heute debattiert man noch darüber, wann und wo der Mensch zum Menschen wird, obwohl dies für die Ärzte längst bewiesen ist. Man versucht vielfach noch nachzuweisen, daß der Mensch erst nach der Geburt Mensch ist. Wir Ärzte aber behaupten, daß er schon neun Monate vorher zur Welt kommt. Man möchte diesen ungeborenen Menschen heute sogar den problematischen Schutz des Paragraphen 144 wegnehmen. Wohin aber kämen wir, wenn man diesen Paragraphen fallen ließe? Wo würden die Grenzen zwischen Leben und Tod liegen? Der Geschlechtsverkehr würde zu einem rein tierischen Spiel werden, und jede schwangere Frau zu einem lächerlichen Kuriosum herabsinken. Wenn wir nicht lernen, vor dem Leben im Mutterschoß Ehrfurcht zu haben, dann wird es mit Österreich vom ärztlichen Standpunkt aus nicht besser werden.

Der Redner teilte mit, daß in unserem Staat jährlich mehr als 300.000 ungeborene Kinder umgebracht werden.

Diese ungeheuerlichen Zahlen muß man zur Kenntnis nehmen. Die 300.000 Kinder, die man nicht leben lassen will, werden der Wirtschaft einmal als Konsumenten und Kunden fehlen, sie werden vor allem uns einmal abgehen, wenn es sich darum handelt, unsere Gehälter und Pensionen zu tragen. Am Mord an diesen Ungeborenen tragen aber nicht nur die schwangeren Frauen Schuld. In dieser unheimlichen Zahl steckt vor allem große Mitschuld von Ärzten. Es sind Frauen, die nur zu oft aus Bequemlichkeit oder Egoismus zum Arzt kommen, oder sich wegen einer sozialen Indikation die Schwangerschaft unterbrechen lassen. Dazu ist zu sagen: Die medizinische Indikation ist bei einer sorgfältigen Überprüfung sehr, sehr, sehr eingeschränkt. Zur sozialen Indikation bemerkte der Redner, so sehr Mitleid für einen guten Arzt unerlässlich ist, müssen die Ärzte es doch entschieden ablehnen, wenn man ihnen zumutet, wirtschaftliche Not mit keineswegs ungefährlichen medizinischen Mitteln zu behandeln. Die Verantwortung für die soziale Not trägt die Gesellschaft.

Es kann aber immer wieder festgestellt werden, daß es **starker** Egoismus und Materialismus ist und das **Fehlen** der Liebe zum Kind, wenn die Frauen ihr Kind und damit ihre eigene Gesundheit wegwerfen.

Es sind wie schon gesagt auch Ärzte am Werk, die als medizinische Geschäftsleute bezeichnet werden müssen. Es gibt aber auch Ärzte, die durch Not auf diese schiefe Bahn geraten sind. Wir könnten unseren Ärztenüberschuß besser dazu verwenden, die Österreicher zum **gesundesten Volk** der Welt zu machen. Die Abtreibungen gehen jedoch auf **Kosten** der ärztlichen Moral und auf **Kosten** der Frauen. Jede Abtreibung fügt einer Frau **schwersten Schaden** in geistiger und körperlicher Art zu. Viele geistesgestörte Kinder sind auf solche Abtreibungen zurückzuführen. Die Natur läßt sich eben auch durch raffinierteste Methoden nicht ins Handwerk pfuschen.

Die Hebung der Moral unseres Volkes durch eine Abkehr vom egoistischen Zeitgeist ist notwendig. Fördern wir das Interesse an Kind dadurch, daß wir die Erhaltung der Familie möglich machen.

Der Redner gibt die Anregung, aus dem Gemeinderat einem Familienausschuß zu bilden, der die Aufgabe hätte, darüber nachzudenken, wie man aus dem sterbenden Wien ein geburtenreiches machen könnte. Der Ausschuß sollte sich auch damit befassen, die Familiengründung zu fördern. Er hätte ferner die Aufgabe, an der Reform der Sozialversicherung mitzuarbeiten. Man muß nun endlich den Weg zur prophylaktischen Medizin gehen. (Beifall bei der ÖVP.) Jede Maschine wird von Zeit zu Zeit kontrolliert und überholt, nur gegen unser eigenes Ich sind wir rücksichtslos. Die Übung in den Spitälern müßte man gleichfalls einer Reform unterziehen. Es soll in Wien Anstalten geben, in denen Abtreibungen am laufenden Band stattfinden. Der Redner ersucht den Amtsführenden Stadtrat, sich diese Anstalten genau anzusehen. Ärzte und Schwestern klagen, daß sie in bittere Gewissenskonflikte geraten.

Dr. Eberle stellt dann zwei Anträge im Interesse der Gastärzte. Der eine verlangt, daß man allen Gastärzten, die bei der Stadt Wien tätig sind, das Stipendium gibt; im zweiten wird ersucht, die zur Zeit freien gechzig Stipendisten-Stellen endlich zu besetzen.

Dr. Eberle bezeichnet den Bau des Schwesternheimes im Wilhelminenspital als eine Tat, die sich sehen lassen kann. Mit der Schaffung dieser Einrichtung war es möglich, die Schwestern und Schülerinnen endlich aus den Baracken herauszunehmen. Auch beim Ausbau des Infektionsspitals im Franz Josefs-Spital wurden erfreuliche Fortschritte erzielt, gleichso bei der inneren Ausgestaltung von anderen Anstalten. Es freue ihn, daß heuer auch mit der Umgestaltung der veralteten Heizanlagen begonnen wurde, die nun besser, moderner und rationeller arbeiten werden. Er bringt eine Bitte der Ärzte vor, bei der Anschaffung von modernen Einrichtungen die Aufträge an Firmen zu erteilen, die nicht am billigsten sondern am besten arbeiten. Erfahrungen haben gezeigt, daß oft ganz neue Einrichtungen gleich nach der Inbetriebnahme repariert werden müssen. Sein Lob findet auch die neue Röntgenstation in der Klinik Fellingner, die sich mit den modernsten Einrichtungen dieser Art im Ausland messen könne. Er erinnert dann an seine vor Jahresfrist vorgebrachte Forderung nach Errichtung einer Rheumaabteilung und regt an, für diese Zwecke die alten Räume der Klinik Fellingner heranzuziehen.

Sehr wünschenswert wäre auch die Errichtung einer Infektionsabteilung in der Kinderklinik und einer modernen Blutbank, damit auch bei uns das Blutspenderwesen endlich neuzeitlich angefaßt werden könne. Er unterstützt die Anregung, die Trinkerheilstätte nicht mehr am Steinhof zu belassen. Die Anstalt für Geisteskranke selbst müßte in ein modernes Krankenhaus umgewandelt werden, ohne Gitter und Schlösser, aber dafür mit mehr Ärzten und Pflegepersonal. Man müßte sich auch mehr mit Krankheiten alter Leute beschäftigen und dafür eigene Krankenabteilungen schaffen. Auch die Errichtung einer Diabetikerambulanz an einer internen Klinik wäre die Erfüllung einer der Wünsche der Ärzteschaft. Ein weiteres dringendes Erfordernis ist die Schaffung einer orthopädischen Anstalt. Die von geistlichen Schwestern in der Hofburg unterhaltene orthopädische Anstalt muß im nächsten Jahr geräumt werden. Die Schwestern beabsichtigen das Rothschild-Spital zu kaufen und Dr. Eberle regt an, dieses Vorhaben seitens der Stadtverwaltung durch ein langjähriges Darlehen in Höhe von 4 Millionen Schilling zu unterstützen.

Zu den Budgetbesprechungen im Anstaltenamt, die alljährlich abgehalten werden, bemerkt er kritisch, es wäre an der Zeit, ihre alte Form zu ändern. Manche schroffe Ablehnung von Forderungen seitens der Anstaltenleiter wirken verletzend und sind wenig geeignet die Arbeitslust zu fördern. Er würde es begrüßen, wenn das Verantwortungsbewußtsein der Anstaltenleiter entsprechend gehoben würde. Auch fehle es an Personalschulung und Personalreserven. Es wäre zu begrüßen, wenn man dem Amtsführenden Stadtrat für Gesundheitswesen mehr Einspruchsrecht in Personalfragen einräumen würde, denn wenn er für alles, was in seinem Ressort geschieht, einstehen muß, dann auch für das Personal. Er fordert weiter eine bessere Bezahlung der mit Arbeit überlasteten Amtsärzte.

Was die Gesundenuntersuchungsstellen betrifft, müsse man im Jahr 1954 weiter vorwärtskommen. Dr. Eberle spricht sich für die Errichtung neuer Stellen aus und regt an, man möge sich auch mit der Lärm- und Staubplage, die er auch als ein medizinisches Problem bezeichnet, ernsthaft beschäftigen.

Zu den Ausführungen Dr. Matejka über die Ausgabe von angeblich nichtkeimfreier Milch an die Kinder meint er, mit solchen Ausführungen werde in die Bevölkerung nur Unruhe gebracht. Die Milchkühe stehen unter ständiger Kontrolle und bei der Erzeugung von Babymilch werden die geltenden Sondervorschriften genau eingehalten. Dasselbe gelte auch für die Verwendung von Farbstoffen bei der Lebensmittelerzeugung, die ständig vom Marktamt überwacht wird. Seine Fraktion werde den Ansätzen des Gesundheitswesens selbstverständlich zustimmen.

GR. Franziska Krämer (SPÖ) stellt fest, daß die Spitäler und Irrenanstalten jährlich eine Summe von 440 Millionen Schilling erfordern. Diese Anstalten beschäftigen mehr als 10.000 Bedienstete. Es werden daher auf diesem großen Sektor verschiedene Beschwerden herangetragen, teils berechtigt, manchmal aber auch unberechtigt. Vizebürgermeister Weinberger dürfe sich aber die Antwort auf diese Beschwerden nicht so leicht machen, indem er erklärt, man müsse sie eigentlich an Stadtrat Resch richten, da der ja die Finanzen verwalte. Wir wissen, fuhr GR. Krämer fort, daß große Reformen mit großen Kosten verbunden sind. Wir verlangen aber auch nicht das Niederreißen von Spitälern, obwohl wir es begrüßen würden, wenn wir schon so weit wären. So lange es aber in dieser Stadt noch 50.000 Menschen gibt, die in schlechten Wohnverhältnissen leben, ist es das dringendste Problem, erst Wohnungen zu schaffen, denn auch dadurch werden die meisten Krankheitsherde aus der Welt geschafft. Es gibt aber auch viele Beschwerden, die nur kleine Dinge beinhalten, aber trotzdem für das Wohl der Patienten von Wichtigkeit sind. So wäre in einem Pavillon in Lainz die Anbringung von wenigstens je einer Zimmerglocke notwendig. Den bettlägerigen Patienten wäre auch mit der Beistellung eines Bettischerls sehr geholfen, auf dem sie ihre Mahlzeiten einnehmen und eventuell andere Kleinigkeiten in greifbarer Nähe haben könnten.

Eine Beschwerde richtet sich auch gegen das Zentralkinderheim. Obwohl die körperliche Betreuung der Kinder durch die Schwestern dort eine vorbildliche ist, müßte doch für die geistige Erziehung der Kinder mehr getan werden.

Als sehr bedauerlich bezeichnet es die Rednerin, daß jedes Jahr von neuem die Forderung nach einer Beitragsleistung des Bundes zum Spitalsaufwand gestellt werden muß. Bis jetzt hat der Bund immer nur einen Teil dieser Beitragsleistung an die Gemeinde bezahlt. Es müßte nun zur Klärung dieser Angelegenheit sogar der Gerichtsweg beschritten werden.

GR. Schwaiger hat in der **Montagsitzung** die Finanzpolitik des Finanzministers so hervorgehoben, als ob sie der Stadt Wien ein Muster sein könnte. Dazu muß festgestellt werden, daß im Bundesbudget des Finanzministers nichts für den Zuschuß an die **Fondskrankenanstalten** vorgesehen ist. Die Rednerin ersucht daher Vizebürgermeister Weinberger, der ja der Partei des Finanzministers angehört, sich hier sehr einzusetzen, um endlich zu einer Regelung zu kommen (Beifall bei der SPÖ). Gemeinderätin Krämer verweist darauf, daß, wenn schon kein neues **Krankenhaus** geschaffen werden konnte, so doch an den bestehenden Spitalern die Kriegsschäden behoben und alle medizinischen und technischen Fortschritte beim Wiederaufbau verwendet wurden. Die Rednerin verweist in diesem Zusammenhang auf den wiederaufgebauten Pavillon D im Franz Josefs-Spital, der nach den modernsten Gesichtspunkten ausgestattet wurde. Den Schwestern, die in die neue Schwesternschule im Wilhelminenspital einziehen konnten, wünschte sie, daß sie sich in ihrem neuen und schönen Heim wohlfühlen und ihre Studien mit dem besten Erfolg absolvieren mögen (Beifall bei der SPÖ).

Gemeinderätin Krämer ersucht Vizebürgermeister Weinberger zu untersuchen, ob die bestehenden Trinkerheilstätten in ihrer gegenwärtigen Form geeignet sind, diese ständig steigende Krankheit zu bekämpfen. Die Rednerin erklärt, daß

GR. Schwaiger darauf hingewiesen hat, daß die typische Wiener Krankheit, die Tuberkulose, in Wien im Rückschritt begriffen ist. Leider hat er die Begründung dazu nicht gesagt. Diese ist nun nachzuholen. Die Tbc hatte in Wien früher einen besonders guten Nährboden, da gänzlich unsoziale Wohnverhältnisse herrschten.

Es fehlte aber nicht nur an Licht, Luft und Sonne, sondern die Menschen mußten auch täglich 12 bis 16 Stunden arbeiten und es gab auch keinen gesetzlichen Urlaub. Erst durch die Schaffung der Tbc-Fürsorgestellen in Wien wurde dieser Krankheit erstmals entgegengetreten. Die Schöpfung der Wiener Tbc-Fürsorgestellen ist ein Werk der Sozialisten aus dem Jahre 1919. (Beifall bei der SPÖ.) Die Männer und Frauen, die diese Stellen damals schufen, haben von der Christlichsozialen Partei keinen Dank geerntet.

Leider scheint nun aber der Krebs die Stelle der Tuberkulose einzunehmen. Zu seiner Bekämpfung wurden die Gesundenuntersuchungsstellen eingerichtet. GR. Krämer erklärt, sie müsse ausdrücklich feststellen, daß die Sozialisten niemals gegen die Krebsuntersuchungsstellen waren. Die ÖVP hat in ihrer Presse jedoch dieses Problem zu einem politischen Problem gemacht. Ihre Fraktion habe nur jene Agitation verworfen, die statt Beruhigung zu schaffen, die Menschen in dieser Stadt in Angstpsychose versetzt hat. Es gab sogar Selbstmorde aus diesem Grund. Die Rednerin verweist darauf, daß ihre Fraktion gestern im Niederösterreichischen Landtag den Antrag gestellt hat, etwas für die Krebsbekämpfung zu tun. Dieser Antrag wird auch der nach Schaffung einer fahrbaren Mutterberatungsstelle wurde jedoch von der Österreichischen Volkspartei abgelehnt.

#### Eine Million für das Krebsforschungsinstitut

GR. Krämer verweist darauf, wie wichtig es auch ist, zur Erforschung des gefährlichen Lungenkrebses beizutragen. Die Erkrankung der Lunge im Anfangsstadium zu erkennen, sei eine der wichtigsten Aufgaben der neuer gegründeten Österreichischen Krebsforschungsgesellschaft. Um diese bei ihrer praktischen Arbeit zu unterstützen, stellt die Rednerin den Antrag, aus dem Ertragnis der öffentlichen Tbc-Sammlung einen Betrag von 1.000.000 Schilling dem Österreichischen Krebsforschungsinstitut zur Verfügung zu stellen. (Beifall bei der SPÖ.)

Zu der genannten Zahl der ungeborenen Kinder, erklärt GR. Krämer, daß sie nicht wisse, wie diese Zahlen eigentlich zustande kämen. Wir Sozialisten, fährt die Rednerin fort, waren immer und sind auch jetzt für die soziale und medizini-

sche Indikation. Es sei erstaunlich, daß es trotz des § 144, der ja noch besteht, solche Zustände in unserer Stadt gibt. Es muß ganz ernstlich die Frage gestellt werden, was die Ärzteschaft dazu beiträgt, diese Zahlen entstehen zu lassen oder diese Zustände zu verhindern.

Mit dem Fortschreiten der besseren Gesundheit in unserer Stadt könne man nur zufrieden sein. Die Sozialisten werden bestrebt sein, die Mittel für den Fortschritt in den Spitälern herbeizuschaffen. Die Gesundheit der Bewohner dieser Stadt ist ein kostbares Gut. Selbstverständlich werden die Sozialisten den Ansätzen der Gruppe Gesundheitswesen zustimmen.

Vizebürgermeister Weinberger erklärt in seinem Schlußwort, daß die Forderung, alte Ehepaare in den Altersheimen in einem Zimmer unterzubringen, so weit es möglich ist, erfüllt wird. Bei Kranken sei dies jedoch nicht möglich. Daß es in den Altersheimen traurig aussehe stimme keineswegs. Es herrschen sehr gesunde Verhältnisse. Lediglich mit einem Überbelag ist zu kämpfen. Auch die Führung der Lehrlingsheime kann als mustergültig bezeichnet werden. Daß in Eggenburg Erzieher gebraucht werden, kann nicht bestritten werden. Leider ist das Angebot an qualifizierten Kräften nicht groß genug.

Dr. Matejka hat über die Verpflegung in den Krankenanstalten geklagt. Der Referent stellt dazu fest, daß wirkliche Beschwerden seit langem nicht mehr vorgebracht wurden. Mit der Anregung des Debattenredners, in den Anstalten wieder ärztliche Direktoren einzuführen, ist Vizebürgermeister Weinberger einverstanden. Er wendet sich jedoch gegen ungerechtfertigte Angriffe von Dr. Matejka. Er betont unter anderem, daß er keinen Pakt in der Frage der Krebsfürsorgestellen abgeschlossen habe. Seine Meinung ist auch weiterhin, daß in jedem Bezirk eine solche Untersuchungsstelle gebraucht würde. Der Referent ist jedoch an die finanziellen Möglichkeiten gebunden. Es habe keinen Sinn zu lizitieren.

GR. Krämer hat eine Reihe von Beschwerden vorgebracht. Der Referent ersucht sie um nähere Angaben. Er werde dann versuchen, die Übelstände abzustellen. Die über den Geburtenrückgang genannten Zahlen seien richtig. Das Problem sei so ernst, daß alle zusammenhelfen sollten.

Es wäre unsere gemeinsame Aufgabe, hier nach dem Rechten zu sehen. GR. Krämer hat auch über den Mangel an diplomierten Schwestern gesprochen. Wenn sich aber Schwestern durch Jahre hindurch bewährt haben, kann man sie nicht weggeben und an ihre Stelle eine Diplomschwester setzen. Im allgemeinen reichen jetzt die Schwesternschulen der Stadt Wien aus. Es meldet sich auch eine erfreulich große Zahl junger Mädchen für diesen Beruf.

Vizebürgermeister Weinberger betont, er anerkenne, was früher unter Professor Tandler vor allem auf dem Gebiete der Tbc-Bekämpfung geleistet worden ist. Niemals aber wurde in dieser Stadt der Kampf gegen die Tbc so erfolgreich geführt wie in den letzten Jahren (Beifall bei ÖVP und SPÖ).

Der Referent begrüßt ferner den Antrag der Gemeinderätin Krämer, eine Million Schilling dem Krebsforschungsinstitut zur Verfügung zu stellen.

Vizebürgermeister Weinberger spricht GR. Dr. Eberle seinen Dank dafür aus, daß er als gewissenhafter Arzt hier Anklage erhoben hat. Er hoffe, daß die Ärzte die Mahnung ihres Kollegen beherzigen und verstehen werden. Die Anregungen von Dr. Eberle greife er gerne auf, besonders die Anregung zur Schaffung eines Familienausschusses. Das Allgemeine Krankenhaus solle allerdings besser von Grund auf neu gebaut werden. Er stimme jedoch zu, daß man die Gründe der neuen Klinik jetzt auf gar keinen Fall verbauen dürfe.

Was die Lärm- und Staubplage betrifft, so sind leider hier viele Instanzen zuständig. Immerhin sind schon Aktionen in Gange, um Abhilfe zu schaffen.

Über die Blutbank könne er die erfreuliche Mitteilung machen, daß die Hoffnung besteht, daß in Rahmen des Roten Kreuzes eine solche Blutbank errichtet wird.

Abschließend bemerkt Vizebürgermeister Weinberger: Wir können zufrieden sein, mit dem was uns nicht nur an Wiederaufbauarbeit, sondern auch an Neuem und Zusätzlichen in den letzten Jahren in dieser Verwaltungsgruppe gelungen ist. Es wurde viel verbessert und den modernen Verhältnissen **angepaßt**.

16. Dez. 1953

"Rathaus-Korrespondenz"

Blatt 2241

Tuberkulose und Geschlechtskrankheiten wurden niedergokämpft, und ich bin überzeugt, daß es uns auch gelingen wird, den Geburtenrückgang zu beseitigen. Arbeiten sie weiter mit, um den guten Ruf dieser Stadt zu erhalten und zu erweitern! Entscheidend aber ist die Bevölkerung; ihr dienen wir alle zusammen! Wenn die Bevölkerung gesund ist, soll uns das der schönste Lohn sein! (Beifall bei der ÖVP.)

Bei der Abstimmung werden die Ansätze des 5. Hauptstückes im ordentlichen und außerordentlichen Voranschlag mit den Stimmen der ÖVP und der SPÖ angenommen.

-----

In den Abendstunden wurden die Budgetverhandlungen mit dem Referat des Amtsführenden Stadtrates für das Bauwesen, Thaller, fortgesetzt. Den Bericht darüber bringt die "Rathaus-Korrespondenz" in der morgigen Ausgabe.